

1 Empfänger: Bundestagsfraktion, Parteivorstand

2

3 **Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan fortsetzen**

4 Die SPD-Fraktion und der Parteivorstand setzen sich für weitere Evakuierungsmaßnahmen aus
5 Afghanistan ein und wirken auf die zukünftige Bundesregierung ein, damit folgende Forderungen
6 umgesetzt werden:

- 7
- 8 • Die sogenannten Listen, die seitens der Bundesregierung geführt worden bzw. geführt
9 werden über Menschen, die evakuiert worden sind oder noch evakuiert werden sollen,
10 müssen generell sofort geöffnet werden. Auf den Listen sind auch solche Personen zu führen,
11 die einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sind. Hierunter fallen insbesondere Journalisten und
12 zivilgesellschaftlich oder politisch Engagierte sowie bedrohte Angehörige wie Eltern und
13 Geschwister von Geflüchteten in Deutschland.
 - 14 • Die Definition der Ortskräfte dahingehend erweitern, dass alle, die faktisch für die
15 Bundesregierung gearbeitet haben, in die Listen aufgenommen werden müssen, also auch
16 jene, die z.B. über Tochterorganisationen oder Subunternehmen für Deutschland tätig waren
17 bzw. die Arbeit derjenigen erst ermöglicht und gefördert haben. Hierbei gilt vor allem die
18 „zeitliche Begrenzung“ als Voraussetzung aufzuheben, so dass der Zeitpunkt der Tätigkeit
19 irrelevant ist für die durchzuführende Evakuierung; d.h. dass es keine Rolle spielt, ob die
20 Ortskraft z.B. 2003 oder 2020 seine Arbeit verrichtet hat. Schließen dürfen Ortskräfte dürfen
21 dabei keiner Kontingentierung unterliegen.

21

22 Begründung:

23 In den vergangenen 20 Jahren hat sich auch die Bundesrepublik an dem NATO Einsatz in Afghanistan
24 beteiligt. Somit trägt auch Deutschland eine nicht unerhebliche Verantwortung.

25 Die sog. Listen, die seitens des Auswärtigen Amtes geführt worden bzw. geführt werden über
26 Menschen, die evakuiert worden sind oder noch evakuiert werden sollen wurde zeitnah nach Abzug
27 der Truppen geschlossen mit einem lapidaren Kommentar „das Kontingent ist ausgeschöpft“.

28 Das Kontingentargument kann nicht geltend gemacht werden. Vermag man sich im Einzelnen
29 genauer ansehen, wer alles nicht in den Genuss der Evakuierung gekommen ist und auch künftig
30 nicht kommen wird, mag man kaum glauben.

31 Menschen, die mit der Bundesregierung gearbeitet haben. Menschen, die den Deutschen vor Ort
32 ihre Arbeit ermöglicht haben. Menschen, die sich auf Deutschland verlassen haben und
33 entsprechendes Vertrauen entgegengebracht haben.

34 Deutschland windet sich u.a. formal juristisch aus der Verantwortung, in dem sie neben deutschen
35 Staatsbürgern – die sich teilweise auch noch immer in Afghanistan befinden und denen keine Hilfe
36 zukam – lediglich Ortskräfte zu evakuieren bereit ist. Unter der Definition von Ortskräften werden
37 allerdings lediglich solchen Ortskräfte subsumiert, die einen direkten Arbeitsvertrag mit deutschen
38 Institutionen erhielten.

39 All jene, die über sog. Tochterorganisationen für Deutschland tätig waren oder die Arbeit derjenigen
40 überhaupt erst ermöglichten aufgrund ihrer Positionen oder mit diesen zusammenarbeiteten fallen
41 hier gänzlich raus. Menschen zum Beispiel, die in entsprechenden Ministerien überhaupt erst
42 deutsche Projekte ermöglichten, sie förderten und diese unterhielten fallen ebenfalls raus.

43 Ohne einen Vorwurf über die unkontrollierte Evakuierung, bei der „Nicht-Berechtigte“ teilweise
44 evakuiert worden sind, zu erheben, ist es skandalös, „seine eigenen“ Arbeiter ohne jegliche
45 Unterstützung ihrem Schicksal zu überlassen.

46 Auch auf diese sog. „Listen“ konnten auch Menschen, die einer erheblichen Gefahr ausgesetzt sind,
47 eine vermeintliche Evakuierungschance erhalten, wenn ihnen der Nachweis gelingt, die besondere
48 Gefahr des Lebens, darzulegen. Wie dies im Einzelnen realistisch umzusetzen ist, ist die eine Sache.
49 Die noch viel schwerwiegendere ist, dass denen den es tatsächlich gelingt, einen solchen Nachweis zu
50 erbringen – unabhängig davon, was hier an nicht transparente Voraussetzungen geknüpft ist –
51 kläglich im Stich gelassen worden sind. Das allgemeine Vertrauen in internationale Einsätze
52 Deutschlands hat hierbei wesentlich gelitten – sowohl national als auch international hat das
53 Ansehen hier erheblichen Schaden davon getragen.